

Pressemeddelelse
Kiel, 29.06.2001

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Bundes- und Landespolitiker müssen enger zusammenarbeiten

Als überaus ergebnisreich und positiv bewerteten die SSW-Abgeordneten Anke Spoorendonk, Lars Harms und Silke Hinrichsen ihren Informationsbesuch in Berlin. Man sei von allen Bundestagsfraktionen freundlich empfangen worden und die Gespräche mit den schleswig-holsteinischen Abgeordneten aller Parteien seien sehr offen und intensiv gewesen.

Im Mittelpunkt der Gespräche standen neben minderheitenpolitischen Themen vor allem die Entwicklung im Landesteil Schleswig. Dabei brachten die SSW-Politiker ihre Sorgen über die Arbeitsmarktsituation vor dem Hintergrund der Probleme bei den Flensburger Fahrzeugwerken (FFG) und bei Danfoss zum Ausdruck.

„Wir haben uns bei allen Parteien sehr deutlich dafür eingesetzt, dass der Bund trotz der Bundeswehrreform auch in Zukunft bei der Vergabe von Instandhaltungsaufträgen diese nach regionalen Gesichtspunkten vergeben muss,“ so Anke Spoorendonk.

Auch die Weiterführung der Werftenhilfe, die Zukunft der Landwirtschaft, der Küstenschutz und eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur des Landesteils waren wichtige Themen der Gespräche:

„Unser Eindruck ist, dass man sich der Probleme unserer strukturschwachen Region bewusst ist. Gerade deshalb ist es im Interesse unseres Landes, wenn die schleswig-holsteinischen Bundes- und Landespolitiker stärker an einem Strang ziehen und öfter gemeinsame Positionen gegenüber dem Bund vertreten würden. Nur durch Einigkeit hat Schleswig-Holstein - und damit auch der Landesteil Schleswig - bessere Chancen bei zukünftigen

Investitionen angemessener berücksichtigt zu werden - etwa beim Bundesverkehrswegeplan, bei der Verteilung der UMTS-Milliarden, bei den Folgen der Bundeswehrreform , □ so Anke Spoorendonk.

Die SSW-Abgeordneten führten u.a. mit folgenden Politikerinnen und Politikern Gespräche: Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast (SPD), Franz Thönnies (SPD), Wolfgang Wodarg (SPD), Dietrich Austermann (CDU), Wolfgang Börnsen (CDU), Otto Bernhardt (CDU), Peter-Kurt Würzbach (CDU), Angelika Volquartz (CDU), Dr. Wolfgang Gerhardt (FDP), Jürgen Koppelin (FDP), Angelika Beer (Bündnis90/Die Grünen), Wolfgang Gehrcke (PDS).